



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/88

Hannover, 29. Juli 1949

80 Jahre Sozialdemokratie

Von Paul Löße

Man kann den 7. August 1949 mit einem gewissen Recht als den 80. Geburtstag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ansehen, denn vom 7. bis 9. August 1869 wurde auf dem Eisenacher Kongress durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Gründung dieser Partei vollzogen. Freilich hatten die Anhänger sozialistischer Gedankengänge schon eine Reihe von Vorläufern hinter sich. Da waren die Utopischen Sozialisten, in Frankreich durch den Namen Charles Fourier, in England durch Robert Owen, in Deutschland durch den Schneider Wilhelm Weitling bezeichnet, wobei Weitling schon eine Art Übergang für den wissenschaftlichen Sozialismus von Karl Marx und Friedrich Engels darstellt. Ihnen war es schon gelungen, erste internationale Zusammenkünfte in Paris und London einzuleiten. Das schon 1847 erschienene "Kommunistische Manifest" darf als eine Art Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus angesehen werden, die in dem grossen Werk von Marx "Das Kapital" und weiteren Schriften eine tiefe Fundierung fand. Inzwischen hatte der in Breslau geborene Ferdinand Lassalle als gewaltiger Erwecker der Arbeiterschaft besonders in Sachsen und im Rheinland gewirkt. Er fiel schon 1864 im Duell, seine Organisation wurde auf dem Einigungskongress von Gotha 1875 mit den sogenannten "Eisenachern" verschmolzen, und seitdem gab es in Deutschland eine einheitliche Sozialdemokratische Partei.

Im Norddeutschen und Deutschen Reichstag hatten schon seit 1868 vereinzelte sozialdemokratische Abgeordnete gesessen. Darunter Bebel, Liebknecht und Hasenclever. Die beiden zuerst Genannten wurden, weil sie die Kriegskredite für 1870/71 nicht bewilligt und nach der Gefangennahme Napoleons das Ende des Krieges gefordert hatten, als Hoch- und Landesverräter zu zwei Jahren Festung verurteilt. Die gedruckten Prozessverhandlungen wurden zur wirksamsten Propagandaschrift für die junge Partei, was sich in den Stimmzahlen der Reichstagswahlen äusserte. 1874 musterte man 350.000 Wähler, 1877 fast eine halbe Million. In diesen Aufstieg kam eine kurze Unterbrechung, als Bismarck zwei Attentate von politischen Hasardeuren auf Kaiser Wilhelm I., Hödel und Nobiling,

den Sozialdemokraten an die Ruckschösse hing und die Entrüstungsstimmung im Reich für den Erlass des sogenannten "Sozialistengesetzes" ausnutzte. Nach ihm wurden alle Lebensäußerungen der Partei unterdrückt - bis auf die Wahl von Abgeordneten, die weiter zugelassen war. Der Rückschlag auf 370.000 Stimmen im Jahre 1878 und 311.000 im Jahre 1881 wurde rasch überwunden, schon 1890 zählte die Partei 1.430.000 Stimmen. So hatten sich die Verfolgungen als Fehlschlag erwiesen. Dies und die Differenzen zwischen Bismarck und Wilhelm II. brachten 1890 das Sozialistengesetz zu Fall. Zwar hörten Verfolgungen und gesellschaftliche Ächtung nicht auf, aber der Aufstieg der Partei und ihre Wirksamkeit gingen unaufhaltsam weiter bis zum Jahre des Kriegsbeginns. 1912 war sie mit über viermillionen Stimmen die stärkste Partei des Reichstages geworden.

Die Differenzen über die Bewilligung der Kriegskredite führten 1917 zur Abspaltung der Kreditverweigerer und zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Beim Zusammenbruch im November 1918 und der Gründung der Weimarer Republik zogen 165 Sozialdemokraten und 22 Unabhängige (von insgesamt 420 Abgeordneten) in die Nationalversammlung ein. Diese wählte Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten und bestimmte Philipp Scheidemann zum Reichskanzler, der aber nach Annahme des Friedensvertrages von Versailles zurücktrat. In den folgenden vierzehn Jahren ist die Sozialdemokratie zwar immer die stärkste Partei gewesen, hat aber niemals die alleinige Mehrheit im Reichstag oder in den grösseren Landtagen erhalten. Sie war stets auf die Bildung von sogenannten Koalitionsregierungen angewiesen und dadurch in der Durchsetzung der eigenen Forderungen gehemmt. Die grosse Wirtschaftskrise, die Ende der zwanziger Jahre einsetzte, und 1932 ihren Höhepunkt erreichte, sowie andere Umstände begünstigten den Aufstieg Hitlers, der nach dem 30. Januar 1933 alle anderen Parteien in Deutschland niederknüppeln konnte. Diese Ereignisse sind noch in aller Erinnerung, so dass unser kurzer Rückblick darauf nicht einzugehen braucht. Jedenfalls hat sich auch in dieser Zeit der brutalsten Unterdrückung ein fester Kern überzeugter Sozialdemokraten erhalten, die 1945 die Neugründung der Partei in die Hand nahmen, und die bei den bevorstehenden Wahlen in Westdeutschland ihre Bewährungsprobe abzulegen haben.

- - - - -

In Lande Titos

=====

Von Kurt Kaiser-Blueth

Kommt man in Belgrad an, ist das äusserliche Bild durchaus normal. Der Portier im Hotel ist korrekt, aber er prüft Pass und Visa mit einem Interesse, das weit über die Gewohnheiten seiner Funktion hinausgeht. Er schreibt Pass und Visa ab und legt seine eifrige Fleissarbeit in einen Karton.

Als ich mich bei einem Kollegen über diese ein wenig exzessive Neugier erkundige, sagt der, über Sitten und Unsitten in Polizeistaaten im Bilde, lächelnd: "Wundern Sie sich nicht. Alle Portiers in Belgrad sind Polizeispitzel...."

In Wahrheit, Jugoslawien kämpft eine erbitterte Schlacht als unklammerte Festung gegen einen Gegner, der zu allem entschlossen ist. Das "Kominform" lässt seine mächtigen Mittel spielen, um den Rebellen Tito auf die Kniee zu zwingen. Die Gefängnisse des Landes sind voll; jeden Tag verhaftet man Dutzende von Kominformisten oder Agenten, die meist mit falschen Pässen aus Albanien oder aus Bulgarien kommen.

Dieser unterirdische Krieg liegt wie eine Fessel auf dem Lande. Es ist unmöglich, mit einem durchschnittlichen Jugoslawen in ein politisches Gespräch zu kommen. Ist er Titoist, so hält er jeden Unbekannten für einen Agenten des Kremls. Ist er ein kominformistischer "Staatsfeind", so flieht er die Diskussion mit einem Ausdruck der Panik im Gesicht. Es wimmelt von Lockspitzeln, denn Tito ist ein "Harter", der entschlossen ist, nicht zu kapitulieren.

Sicherlich steht die Mehrheit der Jugoslawen hinter Tito, wenigstens in diesem Streitfall. Die ständige Provokation der Einmischung in die Souveränität des Landes hat den Nationalstolz der Jugoslawen getroffen. Wjatschinskis Pariser Haltung hat wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt; das "neue München", der "Bonzenverrat um Triest" hat Moskau mehr geschaden als die masslosesten Schimpftrommelfeuer des offiziellen Bulletins des "Kominform", das in Bukarest erscheint. Eine andere Frage ist jedoch, ob es Tito wirtschaftlich möglich ist, ohne Auslandshilfe auszuhalten. Die diversen Drei- und Fünfjahrespläne sind ein Fiasko gewesen; der Boykott Jugoslawiens durch den Moskauer Block ist fast hundertprozentig. Der Handelsverkehr mit Russland ist praktisch zum Stillstand gekommen und die Satellitenstaaten befolgen mit einem Eifer die Anordnungen des Kreml, der Jugoslawien in die ernstesten ökonomischen Schwierigkeiten bringt. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Preise auch und Waren, die im europäischen Westen bereits wieder zur selbstverständlichen Garnitur der Schaufenster geworden sind, werden immer unauffindbarer im Lande Titos.

Politisch gibt es, nach aussen hin, keinerlei Opposition. Ein sozialistischer Militant, der in der Illegalität lebt, sagte mir,

dass Tito, so sehr er entschlossen sei, gegen den Moskauer Bannfluch durchzuhalten, der freiheitlichen Linken keinerlei Konzessionen machen werde. "Das Ausland darf niemals vergessen, dass Tito hundertprozentig Kommunist und seine Volksdemokratie eine Diktatur ist, in der der Terror gegen jede Opposition oberstes Gesetz ist. Der Streit mit dem Kominform ist ein Familienstreit, der sicherlich zum endgültigen Bruch geführt hat. Aber Tito wird niemals die Prinzipien der demokratischen Toleranz anerkennen. Tito ist ein so professioneller Terrorist und Autokrat, dass er zu einem Ketzer geworden ist, der die Autorität der kommunistischen Kirche selbst in Gefahr bringt. Er hat nicht nur in Jugoslawien, sondern in allen Ländern die nationalen Unabhängigkeitskräfte in den bisher hoffnungslos versklavten kommunistischen Parteien geweckt. Es gibt bereits ein Problem Tito in internationalem Maßstab. Nicht nur der Beherrscher unseres Landes, auch Stalin kämpft um seine Existenz."

Die politische Polizei Titos ist in letzter Zeit ungewöhnlich verstärkt worden und hat unbegrenzte Vollmachten. In der normalen Polizei gibt es stalinistische Zellen. Sie werden von Zeit zu Zeit ausgekämt. Hunderte von Polizeilagern sind in den letzten Wochen spurlos in den Konzentrationslagern verschwunden. Die Armee ist geteilt, ein Teil der höheren Offiziere hat Sympathien für den Kreaml und auch in den subalternen Stellen gibt es Kominformisten. Die Soldaten selbst bleiben indifferent und gehorchen wie die Maschinen. Das Land wimmelt von Agenten, die aus den Vasallenstaaten oder direkt aus Russland kommen. Sie haben unbegrenzte Geldmittel, missbrauchen diplomatische Pässe und versuchen vor allem, die Armee zu korrumpieren. Mehrere dieser Spione sind in den vergangenen Wochen bei Kazzien summarisch niedergeschossen worden. Die Jugend allein steht ohne Hintorgedanken zu Tito.

Während das Kominform versucht, das Land von innen heraus auszuhöhlen, verstärkt sich die äussere Pression. In Albanien sitzt eine russische "Militärmission", die mehr Offiziere zählt, als die albanische Armee zusammengenommen. Kriegsmaterial jeder Art fliesst aus Russland nach Tirana, der albanischen Hauptstadt. Geht man durch die Strassen dieser Residenz, die wie ein verschlafenes Provinzstädtchen wirkt, so glaubt man, in einer Etappenstadt, in unmittelbarer Frontlinie zu sein. Es wimmelt von russischen Uniformen, aber die sowjetischen Zivilisten "in besonderer Mission" sind unabsehbar. Die Marionettenregierung von Tirana ist zum grossen Hauptquartier des kommenden balkanischen Punktes des kalten Krieges geworden. Die schweren und leichten Waffen, die Flieger-Abwehr-Batterien und die Choc-Gruppen in Zivil, die auf den ersten Blick getarntes Militär erkennen lassen, sammeln sich in Albanien, in geringerer Masse auch in Bulgarien. Es ist nicht sicher, ob diese Gruppenkonzentrationen ein Mittel der Pression darstellen - psychologische Einschüchterung nach klassischem Kautskinstor - oder ob sie für die bewaffnete Invasion bestimmt sind. Wahrscheinlich sind sie die letzte Reserve für den Fall, dass der Versuch, Tito durch einen von innen heraus organisierten Putsch zu liquidieren, scheitert. Es steht ausser allem Zweifel, dass die Sowjets entschlossen sind, Tito zu liquidieren, bevor der Titoismus zu einer Epidemie geworden ist, an der die Moskauer Internationale des Terrors zugrunde gehen kann.

(sp) Neben dem Bundestag, dem aus unmittelbarer Wahl der gesamten Bundesbevölkerung hervorgehenden ersten Gesetzgebungsorgan, steht als Zweite Kammer der Bundesrat. Durch den Bundesrat wirken die Länder bei Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit. Zwar ist der Bundesrat ein Organ des Bundes, nicht der Länder; doch durch die Eigenart seiner Zusammensetzung und durch die Stimmführung verkörpert er das ausgesprochen föderalistische Element.

Seine Mitglieder sind Angehörige der Länderregierungen und handeln in deren Auftrag und nach deren Instruktionen. Dabei liegt die Zahl der Stimmen, die jedes Land im Bundesrat hat, fest und kann auch von jedem Land nur geschlossen abgegeben werden. Die Verteilung der Stimmen ist so, dass die kleinen Länder drei, alle über zwei Millionen Einwohner zählenden Länder vier und Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf Stimmen im Bundesrat repräsentieren. - Ob dieser Bundesrat, die Einfluss-sphäre der Länderregierungen, nun in Zukunft als bindendes oder als auflockerndes oder gar sprengendes Organ wirkt, hängt vornehmlich von Art und Takt ab, mit dem er von seinen gesetzgeberischen und verwaltorischen Zuständigkeiten Gebrauch macht.

Generell hat der Bundesrat das Recht, gegen Beschlüsse des Parlaments sein Veto geltend zu machen, wenn es in einem zuvor einberufenen gemeinsamen Ausschuss vom Bundestag und Bundesrat nicht zu einer Einigung kommen konnte. Darüber hinaus hat aber der Bundesrat volles Mitwirkungsrecht bei einer Reihe von Gesetzgebungsakten, besonders auf dem Gebiet der Finanzgestaltung. Auch im Bereich der Verwaltung ist seine Stellung sehr stark, bedarf doch die Bundesregierung zu vielen Rechtsverordnungen der ausdrücklichen Zustimmung des Bundesrats. Die Zuständigkeiten dieses doch nur sehr indirekt der parlamentarischen Kontrolle unterliegenden Organes im Interesse des Bundes zu beobachten und im Sinne einer Bundesinstanz und nicht einer Länderinteressenvertretung zu gestalten, wird eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Bundesregierung und des Bundesparlaments sein müssen. Die Grenzen zwischen "gesundem Föderalismus" und "länderegoistischem Partikularismus" sind schwimmend; sie auf den Weg zur deutschen Einheit zu lenken, muss das Ziel sein. Auch darüber wird am 14. August entschieden.

Dr.D.

Flüchtlinge treffen ein

K., Trier, im Juli

(sp) In einzelnen, nicht zu grossen Transporten treffen nun die ersten Umsiedler aus Schleswig-Holstein im Rheinland ein. Man hat die Ankunft der Ostvertriebenen organisiert und sogenannte Flüchtlingsbahnhöfe bestimmt. Dort enden die Züge aus Schleswig-Holstein. Solche Bahnhöfe sind beispielsweise Wengeroehr,

11/1/46

- 8 -

30. Juli 1949

Bullay, Büchenbeuren auf dem Hunstuck, Daun, Morbach und Trier. Nun weiss man, dass schon viele Flüchtlinge illegal ins Rheinland kamen. Kein Wunder, wenn man die überfüllten Dörfer von Hessen gesehen hat. Im Landkreise Trier wurden 1.800 solcher Zugewanderten ermittelt. Die meisten Neubürger haben den Wunsch, in die Nähe von Städten zu kommen. Sie versprechen sich dort günstigere Arbeitsmöglichkeiten. Manche Familien stammen von ostpreussischen Gütern. Sie waren es von jeher gewohnt, geschlossen auf Domänen der Grossgrundbesitzer zu arbeiten. In der Landwirtschaft gross geworden, sind sie Melker, Drescher, Viehpfleger und beherrschen alle Sparten, die ein solcher Beruf verlangt. Man kann es verstehen, dass sie versuchen, auch im Rheinland wieder in Verhältnisse zu gelangen, die ihnen die Ausübung dieses Familienberufes ermöglicht. Andere kommen aus Allenstein, Insterburg, Gumbinnen, Tilsit und Ebbing. Es wird ein leichtes Aufwirbeln im Volkstum des Rheinlandes werden. Die volkliche Aklimatisierung ist nicht leicht. Landschaft, Sitte, Brauchtum und Religion spielen eine grosse Rolle.

Mit Ausnahme der Stadt Trier selbst erhalten alle Gebiete in den Regierungsbezirken Trier und Koblenz Flüchtlinge. Die Quartiere sind in vielen Fällen bereits vorbereitet. Tausende von Flüchtlingen kommen zum ersten Male in ihrem Leben mit dem Weinbau in Berührung. Sie müssen gründlich umlernen, wenn sie sich an die harte Arbeit an den steilen Hängen von Mosel, Saar und Ruwer, Rhein und Nahe gewöhnen sollen. Nun berichten alle Arbeitsämter, dass es auf dem Lande an Arbeitskräften mangelt. Die Jugend will in Fabriken, Autoschlossereien und ins Kontor. Die Landleute aus Ermland, Rominten, von Pregel und Weichsel werden manchen Arbeitsplatz finden. Das Vertriebenenproblem, links vom Rhein bisher nur aus der Distanz bekannt, tritt nun auch hier in ein ernsteres Stadium.

= = = = =

Partisanen-Fakultät an der "Lenin-Universität"

(sp) Unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion nehmen die Aktivisten und die Schüler der politischen Schulungslager einen besonderen Platz ein. Der Aktivist machte zumeist seinen Kameraden die Gefangenschaft zur Hölle. Die Schüler der Schulungslager aber, die eine zweijährige Schulung hinter sich haben, sollen in Westdeutschland eine besondere Mission erfüllen. Ein Heimkehrer, der zwei Jahre lang Schüler der "Lenin-Universität" in Moskau war, berichtet über die Schulung, Ausbildung und künftige Zielsetzung folgendes:

"Im April 1946 wurde ich mit mehreren Kameraden nach Moskau gebracht. Wir wurden in einem grossen Gebäude untergebracht und erhielten Zivilkleider. Das Gebäude war die Lenin-Universität. Hier wurde nicht nur politisch und agitatorisch gelehrt, sondern es wurden auch Kurse abgehalten in Herstellung von Bomben jeder Art. Ein anderes Fach umfasste Sabotageakte an Brücken, Eisenbahnanlagen,

Signalanlagen, Verkehrsknotenpunkten, Brandstiftungen, kurz das ganze Gebiet des Partisanenkampfes. Alle 14 Tage fanden dann praktische Übungen in den Kellergewölben an Modellen statt. Eine aufs modernste eingerichtete Werkstatt ermöglichte es, praktische Ausführungen zur Herstellung von Bomben zu machen. Erst im letzten halben Jahr erfuhren wir den Grund dieser Ausbildung: Wir sollten zurück nach Deutschland, und zwar in die Westzonen. Hier sollten wir dann im gelernten Sinne unsere Tätigkeit ausüben. Die bestimmten Aufträge würden uns dort erteilt werden. Zum Scheine sollten wir Arbeit in den Werken von gewisser industrieller Bedeutung annehmen. Als Verbindungsstellen waren die jeweiligen Büros der KPD sowie die der VVN ausersehen."

Der Heimkehrer, von dem diese Darstellungen stammen und dessen Name verständlicherweise verschwiegen werden muss, sollte sich in einer Stadt des Ruhrgebiets bei Funktionären der KP melden. (q/b42/2/hs)

Die Beamtenfreunde

Er schläft bis um acht, und dann geht er ganz brav
Ins Amt und schläft weiter bis eins.
Dann hält er 'nen ganz kurzen Mittagsschlaf
Im Schatten des heiligen Scheins.

Dann schnarcht er laut weiter bis 16,10,
dann trollt er ermüdet nach Haus.
Dann isst er und dann muss er schlafen gehn,
Sonst hält er die Arbeit nicht aus.

So schlägt er sich durch - und so schläft er sich durch,
Was die die ihn zahlen erfreut,
Von Wilhelm dem Zweiten bis Hindenburg,
vom Nazikommismus bis heut.

Er lebt zwischen Akten und klebt auf dem Taron
Und leidet an Vorschriftatie,
Und bleibt voller Stolz (und mit voller Pension)
Das Faultier der Demokratie!

Dieses Gedicht veröffentlichten die "Hannoverschen Neuesten Nachrichten" am 26. Juli, das Blatt der CDU, dessen einer Lizenzträger der Arbeitsdirektor Storch in Frankfurt am Main ist. Die Zeitung vergass offenbar einen Kommentar anzufügen, den wir deshalb nachholen möchten:

Wenn ernstzunehmende Politiker Mittel und Wege suchen, nicht nur die Besoldung, sondern auch die berechtigten Ruhegehaltsansprüche aller einheimischen und vertriebenen Beamten auf eine erträgliche und möglichst gerechten Nenner zu bringen, dann ist man im Lager der Gedichtsveröffentlicher allzu gern geneigt, von Beamtenfeindlichkeit zu sprechen. Kein SPD-Politiker würdeseh je so unqualifizierbar abfällig über die Beamten äussern, wie es hier geschehen ist.

Jeder Unvoreingenommene muss sich fragen: Soll man denen noch ihre besondere, so oft unterstrichene Beamtenfreundlichkeit glauben, die

2/IV/38

- 8 -

29. Juli 1949

in diesem Ton die Beamten charakterisieren? In den Kreisen dieses Berufsstandes sollte man sich ernsthaft überlegen, ob die eigenen Interessen bei der Partei wirklich in guten Händen sind, deren tatsächliche Einstellung hier einmal durch unvorsichtige Offenheit zutage trat.

Dr.D.

=====

Neues Telegramm an Dr. Adenauer

Für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Dr. Kurt Schumacher am 29. Juli an Dr. Konrad Adenauer ein neues Telegramm folgenden Wortlautes geschickt:

Wtrotz der Ihr persönliches Verhalten beschämend bloßstellenden britischen Darstellung, aus der einwandfrei hervorgeht, dass in der Unterhaltung vom 14. April von britischer Seite weder von der Existenz einer zweiten alliierten Note, noch gar von ihrem Inhalt die Rede war, halten Sie Ihre Verdächtigung der Sozialdemokratie aufrecht. Jetzt versuchen Sie, sich herauszuwinden und auf die ganz allgemeine Bemerkung in der britischen Darstellung zu stützen, dass der britische Sprecher angedeutet habe, welche Art Verfassung schliesslich den Westmächten noch annnehmbar sein würde. Dieser Bemerkung geben Sie willkürlich und ohne konkrete Kenntnis von dem, was in der Sache gesprochen worden ist, einen den Tatsachen widersprechenden Inhalt in Ihrem Sinne. Nur aus dem Willen, zu verdächtigen, behaupten Sie einfach drauflos, dass hier der Grund zum sozialdemokratischen Nein liege, trotzdem Sie wissen, dass diese Unterhaltung im Einverständnis mit General Clay erfolgte, der Ihnen als schärfster Gegner des betont nationalen sozialdemokratischen Standpunktes bekannt ist. Sie kennen selbst am besten die absolute Unwahrhaftigkeit Ihres haltlosen Angriffes. Sie werden uns darum nicht verwehren können, jede Behauptung, dass die Sozialdemokratie auf Grund britischer Informationen zu ihrem Nein gegenüber den Wünschen der verbündeten christlichen Demokraten und Besatzungsmächte gekommen sei, auch weiterhin eine Lüge zu nennen und ihre Verbreiter eindeutig zu charakterisieren. Sie suchen durch hartnäckige Wiederholung Ihrer wahrheitswidrigen Behauptungen uns vergeblich auf eine Ebene herabzuführen, auf der Sie und Ihre Freunde zusammen mit Alliierten für einen neuen Rheinbund und gegen Deutschland konspiriert haben. Bei der ersten Gelegenheit, sich national zu bewähren, hat die Führung der CDU jammervoll versagt. "

 Rundfunk-Sendungen der SPD

Programm der letzten zwei Wochen

Zwischen dem 2.8. und 13.8. werden über die westdeutschen Sender noch folgende SPD-Wahlveranstaltungen laufen:

2.8.	19.37 - 19.44	Uhr	Carlo Schmid (Stuttgart)
2.8.	19.00 - 19.15	"	Luise Harklotz (SWF-Pfalz)
4.8.	18.50 - 18.58	"	Carlo Schmid (NWDR-Köln)
5.8.	12.35 - 12.45	"	Landwirt Rudolf Hamm (SWF-Pfalz)
5.8.	18.30 - 18.40	"	Rundgespräch Willi Richter, W.Jaksch, Pfarrer Nerten u.Nitzsche, Kassel (Hessischer Rund- funk, Frankfurt)
6.8.	20.15 - 20.25	"	Waldemar v. Knoeringen (Bayerischer Rundfunk)
6.8.	19.00 - 19.15	"	Franz Böglar (SWF-Pfalz)
7.8.	10.30 - 11.00	"	4-Parteien-Diskussion. SPD-Sprecher Willi Birkelbach (Hessischer Rundfunk)
8.8.	21.55 - 22.03	"	Wenzel Jaksch (NWDR)
8.8.	18.54 - 19.00	"	Dr.Mücke od.Gen.Reitzner (Bayerischer Rund- funk)
9.8.	19.30 - 19.45	"	Dr.Schumacher (Stuttgart)
9.8.	12.35 - 12.45	"	Oskar v. Gerichten (SWF-Pfalz)
11.8.	18.30 - 18.40	"	Dr.Schumacher (Hessischer Rundfunk)
11.8.	21.15 - 21.45	"	Dr.Schumacher, Pressekonferenz (NWDR)
12.8.	18.50 - 18.58	"	Erich Ollenauer (NWDR)
13.8.	18.30 - 19.00	"	4-Parteien-Diskussion. SPD-Sprecher August Zinn (Hessischer Rundfunk)
13.8.	12.35 - 12.45	"	Landrat W. Roth (SWF-Pfalz) E.
13.8.	18.00 - 18.30	"	Ausschnitt aus Wahlveranstaltungen mit E.Ollenauer (Bremen).

Ausserdem sind vorgesehen eine Ansprache Schumachers für einen noch zu bestimmenden Tag von 19.30 - 19.45 Uhr über Sender Bremen und über den gleichen Sender ein Rundgespräch zwischen Heinz Weyer, Dr.Siegfried Bärsch und Bernhard Lohmüller von 19.30 - 19.40, eine Ansprache Schumachers von sieben Minuten über den Bayerischen Rundfunk (Tag und Sendzeit noch unbestimmt) und eine weitere Ansprache des Vorsitzenden der SPD von 15 Minuten über den gesamten Südwestfunk.

Nicht enthalten in dieser Aufstellung sind die Wahlveranstaltungen der SPD aus den Ländern Süd-Württemberg und Süd-Baden, die über den Südwestfunk laufen.
 (o/B.1/29.7./1/hs)